

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Clara Bünger, Doris Achelwilm, Violetta Bock, Anne-Mieke Bremer, Agnes Conrad, Mandy Eißing, Katrin Fey, Dr. Gregor Gysi, Luke Hoß, Ferat Koçak, Jan Köstering, Sonja Lemke, Bodo Ramelow, David Schliesing, Aaron Valent, Donata Vogtschmidt, Christin Willnat und der Fraktion Die Linke

Todesopfer unter Flüchtenden auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union im Jahr 2025

Nach Angaben des Missing Migrations-Projekts der Internationalen Organisation für Migration starben oder verschwanden im Jahr 2025 mindestens 2185 Menschen bei dem Versuch, die EU über das Mittelmeer zu erreichen. Seit 2014 sind fast 35 000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ertrunken (<https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean>). Nach Einschätzungen von zivilgesellschaftlichen Initiativen liegt die Zahl derer, die tatsächlich auf dieser Fluchtroute ihr Leben verloren haben, jedoch noch weitaus höher. Die Gruppe „Watch the Med Alarm Phone“ dokumentierte etwa in der zweiten Jahreshälfte 2020 nach eigenen Angaben über Kontakte zu Angehörigen von Verstorbenen, Überlebenden von Schiffsunglücken und lokalen Fischern Hunderte Todesfälle, die in keiner offiziellen Statistik auftauchen (<https://alarmphone.org/en/2021/01/14/a-struggle-for-every-single-boat/>).

Noch größer als die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer ist die Zahl derer, die bei der Durchquerung der Sahara ihr Leben verlieren. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt, dass dort zwischen 2014 und 2018 mindestens 30 000 Menschen verschwunden sind. Ein UN-Bericht von Juli 2024 dokumentiert Aussagen von Geflüchteten zu Überfällen, sexualisierter Gewalt, Erpressung und weiteren Formen von Gewalt während der Sahara-Durchquerung. Viele Menschen überleben diese Misshandlungen nicht oder sie werden krank und ohne Hilfe zurückgelassen (www.unhcr.org/at/news/press-releases/unhcr-iom-mmcc-bericht-zu-gewalt-und-gefahren-auf-afrikanischen-landrouten).

An den Landgrenzen der EU, etwa in Griechenland, Ungarn, Kroatien und Polen kommt es laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen regelmäßig zu illegalen Pushbacks. Demnach werden Schutzsuchende an den Grenzen mit brutaler Gewalt zurückgeprügelt, ausgeraubt und gedemütigt. Tausende solcher Fälle sind etwa im „Black Book of Pushbacks“ dokumentiert (<https://left.eu/issues/publications/black-book-of-pushbacks-2022/>). Auch nach der Überwindung der militarisierten EU-Außengrenzen sind Geflüchtete oft nicht sicher, ist es nach Einschätzung von Beobachtern vielmehr zu weiteren Menschenrechtsverletzungen gekommen. Besonders dramatisch sind die Zustände in den Lagern auf den griechischen Inseln. Mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist auch nach Ansicht der fragstellenden Fraktion eine Ausweitung und Verallgemeinerung dieser Zustände zu befürchten (<https://www.proasyl.de/news/griechische-verhaeltnisse-bald-ueberall-in-europa/>). Nach Angaben

des Missing Migrants-Projektes kamen zwischen 2014 und 2025 fast 1 500 Menschen auf der (Weiter-)Flucht innerhalb Europas ums Leben oder verschwanden (https://missingmigrants.iom.int/region/europe?region_incident=All&route=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D=).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung 2025
 - a) an den Landesgrenzen, Küsten, Seehäfen, Flughäfen bzw. im Grenzgebiet der Bundesrepublik Deutschland tot aufgefunden worden oder ums Leben gekommen,
 - b) an den Grenzen der Europäischen Union tot aufgefunden worden oder ums Leben gekommen,
 - c) in Flüchtlingsunterkünften, Hotspots, Abschiebegefängnissen und Transitzonen in Dublin-Staaten ums Leben gekommen,
 - d) in den verschiedenen Formen von Flüchtlingsunterkünften, Ausreisegewahrsam, Abschiebegefängnissen in Deutschland ums Leben gekommen,
(bitte in den einzelnen Unterfragen jeweils nach Datum, Ort, Staatsangehörigkeit und Sachverhalt differenziert darstellen)?
2. Wie viele Suizide und Suizidversuche (bitte differenzieren) hat es nach Kenntnis der Bundesregierung 2025 in Flüchtlingsunterkünften und Abschiebegefängnissen in Deutschland gegeben (bitte einzeln mit Datum, Ort, Art der Unterbringung, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?
3. Wie viele Fälle von Selbstverletzungen sind der Bundesregierung aus Flüchtlingsunterkünften und Abschiebegefängnissen 2025 in Deutschland bekannt (bitte einzeln mit Datum, Ort, Art der Unterbringung, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?
4. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung 2025 mit körperlichen Verletzungen und Beeinträchtigungen durch Erfrierungen, Unterkühlungen, Hunger, Durst o. Ä. aufgegriffen worden, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts
 - a) in die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in die Europäische Unionzugezogen haben, und wie viele dieser Personen sind an den Folgen dieser Verletzungen bzw. Beeinträchtigungen verstorben (bitte nach Datum und Ort, Staatsangehörigkeit des Opfers und Art der Verletzung aufschlüsseln und soweit möglich das Transportmittel angeben)?
5. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung 2025 im Zuge ihres ggf. unerlaubten Grenzübertritts
 - a) durch Bundespolizei oder Zollbeamte in Deutschland bzw.,
 - b) durch Bundespolizei- oder Zollbeamte an den Außengrenzen der Europäischen Union mittels der Anwendung unmittelbaren Zwangs bzw. im Zuge einer entsprechenden Nacheile körperlich verletzt oder versehrt (bitte jeweils einzeln mit Datum, Ort, Staatsangehörigkeit und kurzer Sachverhaltsschilderung auflisten)?
 - c) Wie viele Ermittlungs- und Disziplinarverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen oder eingestellt (bitte aufschlüsseln)?

6. Wie viele Personen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung 2025
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in der Europäischen Unionim Zuge ihrer ggf. unerlaubten Grenzübertritte durch Privatpersonen verletzt bzw. getötet (bitte nach Datum und Ort, Staatsangehörigkeit des Opfers und Todes- bzw. Verletzungsart aufschlüsseln)?
7. Wie viele Ermittlungsverfahren wurden diesbezüglich eingeleitet und mit welchem Ergebnis abgeschlossen oder eingestellt (bitte aufschlüsseln)?

Berlin, den 19. Mai 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.